

Klaus von See und Julia Zernack: *Germanistik und Politik in der Zeit des Nationalsozialismus. Zwei Fallstudien: Hermann Schneider und Gustav Neckel*. Heidelberg: Universitätsverlag Winter, 2004, 211 S.

Der vorliegende Band enthält zwei Fallstudien, die das Verhältnis von Germanistik und Politik in der Zeit des Nationalsozialismus beleuchten. Dabei legen die Autoren Julia Zernack und Klaus von See Wert auf die Feststellung, dass der Begriff „Germanistik“ nicht unserer heutigen Definition entspricht, da er zu Schneiders und Neckels Zeiten in einem wesentlich weiteren Umfang verstanden wurde und Gebiete wie Germanenforschung, Germanische Altertumskunde und Altnordistik zur Zeit des Nationalsozialismus den Kern des Faches bildeten.

Am Beispiel des Tübinger Wissenschaftlers Hermann Schneider (1886–1961) und seines Berliner Kollegen Gustav Neckel (1878–1940) versuchen von See und Zernack, die Rolle der Forschung und die Spielräume ihrer Vertreter auszuloten. Durch die intensive Beschäftigung mit allem „Germanischen“ kamen Schneider und Neckel zwangsläufig mit der Ideologie der Nationalsozialisten in Berührung.

Um ein genaues Bild der beiden Forscherkarrieren zu zeichnen, haben von See und Zernack die überlieferten Archivalien, Publikationen und private Brief-

wechsel der beiden Germanisten minutiös ausgewertet. Ihr Ziel ist es, aufzuzeigen, dass „das Verhalten der Hochschullehrer gegenüber dem ‚Dritten Reich‘ mit einer schematischen Unterscheidung von Parteigängern und Oppositionellen nicht angemessen charakterisiert werden kann“ (S. 8). Während Hermann Schneider dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüberstand, sah Gustav Neckel die Chance, sein Fach durch die ideologischen Ansprüche der neuen Machthaber aufzuwerten.

Im ersten Teil des Buches beschäftigt sich von See mit dem Tübinger Germanisten Schneider. Zunächst umreißt er Schneiders familiären Hintergrund und schildert dessen „Eingebundensein in die großbürgerliche, großstädtische Bildungswelt“ (S. 18). Danach beschreibt von See Schneiders beruflichen Werdegang während des Nationalsozialismus und führt aus, warum dem Tübinger Germanisten häufig ein ambivalentes Verhalten vorgeworfen wurde und wird. Von Seiten seiner Kritiker werden in der Regel vier Hauptkritikpunkte angeführt: seine Lehrtätigkeit in Bukarest, seine Teilnahme am „Kriegseinsatz der deutschen Geisteswis-

senschaften“, die Förderung des Habilitanden Joseph Otto Plassmann, der dem „Ahnenerbe“ der SS angehörte, sowie die Bewunderung für den völkischen Schriftsteller Erwin Guido Kolbenheyer, die auch über das Jahr 1945 hinausging.

Schneiders Berufung nach Bukarest findet auch im Internationalen Germanistenlexikon (König, Christoph (Hg.): *Internationales Germanistenlexikon 1800–1950*. Berlin 2003.) Erwähnung; allerdings kritisiert von See diejenigen, die aus der Berufung eine Affinität Schneiders zu nationalsozialistischem Gedankengut ableiten. Er zitiert eine Beurteilung des „Hauptamtes Wissenschaft“ der „Dienststelle Rosenberg“, die eine mögliche Berufung Schneiders nach Bukarest kommentiert: „Wir können ihn als politische Dienststelle nicht gerade befürworten; jedoch sind gegen seine Entsendung nach Bukarest wohl keine Bedenken zu erheben, zumal es u. E. nicht zu ertragen wäre, wenn bei der derzeitigen Lage in der Germanistik etwa einer der wenigen nationalsozialistisch arbeitenden Wissenschaftler in das Ausland geschickt würde.“ (S. 24) Zudem habe es nach 1945 in Bukarest die Absicht gegeben, Schneider als Gastprofessor einzuladen. Daraus schließt von See, dass dessen dortige Tätigkeit während der Kriegsjahre nicht als nationalsozialistische Kulturpropaganda empfunden wurde.

Auch in Schneiders Mitarbeit an dem Gemeinschaftswerk *Kriegseinsatz der deutschen Geisteswissenschaft* sieht von See kein Bekenntnis zum Nationalsozialismus, da Schneider in seinem Beitrag „Das deutsche Epos im Mittelalter“ nationalsozialistisches Gedankengut strikt vermeide: „Entstanden ist ein souveräner, bei aller Knappheit pointiert formulierter Überblick, der nur sehr selten der nahe liegenden Versuchung erliegt, den deutschen Geist gegen den des westlichen Nachbarvolkes auszuspielen.“ (S. 27)

Bei der Förderung Plassmanns durch Schneider räumt von See ein, dass eine Beurteilung dieses Sachverhalts schwieriger sei. Plassmann hatte bereits Ende der dreißiger Jahre versucht, sich in München zu habilitieren. Da dort jedoch Vorbehalte gegen seine Habilitationsschrift existierten, musste er diese 1940 zurückziehen. Eine Einschätzung, warum Schneider diese dann 1943 als Habilitationsleistung annahm, fällt von See fühlbar schwer. Er führt dieses Verhalten auf den politischen Druck seitens des „Ahnenerbes“ zurück. Für von See steht jedoch fest, dass Schneider die Arbeit Plassmanns über Widukind von Corvey als rein wissenschaftliches und nicht als politisches Problem betrachtete und die Schrift „aus bloßer – etwas schwächlich wirkender – Nachgiebigkeit akzeptierte

und seinen inneren Vorbehalten ein positives Urteil abzurufen versuchte.“ (S. 29)

Noch schwerer tut sich von See, wenn es um die Bewunderung Schneiders für den Schriftsteller Erwin Guido Kolbenheyer (1878–1962) geht. Dieser gilt als führender Vertreter der antimodernen, völkischen Literatur. Schneiders Begeisterung für dessen Schriften bezeichnet von See als „irritierend“ (S. 52). Das Argument, Schneider habe sich ihm verbunden gefühlt, weil Kolbenheyer von 1919 bis 1932 in Tübingen lebte, hält von See für wenig schlüssig. Eine andere Antwort bleibt er jedoch schuldig.

Um Schneiders Verhalten während der Zeit des Nationalsozialismus angemessen einordnen zu können, vergleicht von See dessen Laufbahn mit denen von sechs anderen Gelehrten aus dem „bürgerlichen Lager“. Dabei geht er auf jeden der sechs Wissenschaftler nur kurz ein, benennt einige wichtige Schriften, analysiert, ob in diesen Zugeständnisse an die herrschende Ideologie zu finden sind, und benennt zeitgenössische Reaktionen. Die Quintessenz dieses Abschnittes ist, dass auch liberale oder kritische Wissenschaftler Zugeständnisse an die Nationalsozialisten machten – eine Tatsache, aus der man jedoch nach von Sees Meinung nicht automatisch auf die Gesinnung der einzelnen Personen schließen könne.

Zu Recht bemerkt von See, dass auch das Verhalten der Wissenschaftler nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes von Bedeutung sei und daher betrachtet werden müsse, so dass er ebenso auf Schneiders Karriere nach 1945 eingeht. Bereits im Mai 1945 wurde dieser Rektor der Universität Tübingen und war so mit der Aufgabe betraut, das Vorgehen gegen politisch belastete Kollegen festzulegen. Für von See steht fest: Schneider hätte sich bei der Reorganisation der Universität und der Entlassung der belasteten Kollegen nicht in der beschriebenen Weise engagiert, „wenn er sich selbst im geringsten Maße schuldig gefühlt hätte oder wenn die die ihm seit Jahren vertrauten Tübinger Universitätskollegen, die nicht der NSDAP angehört hatten, ihn als politisch belastet angesehen hätten“ (S. 45). Es ist jedoch fragwürdig, den Umstand, dass jemand sich nicht schuldig fühlt, zu seiner Entlastung anzuführen, denn Realität und Selbsteinschätzung liegen oft weit auseinander.

Schließlich macht von See deutlich, dass er „zweifelsfrei beweisen“ kann, dass nicht Schneider das am 11. November 1933 in Leipzig beschlossene, so genannte „Bekenntnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat“ unterzeichnet habe, sondern der Leipziger Philosoph und Pädagoge

goge gleichen Namens. Die Unterschriften wurden während dieser Tagung nach Hochschulen und Universitäten gebündelt und darüber hinaus 118 Namen unter der Rubrik „Einzelne Wissenschaftler“ zusammengefasst. In dieser Rubrik erscheint der Name Hermann Schneider. Von See hat diese Liste überprüft und festgestellt, dass in ihr ausschließlich Leipziger Wissenschaftler aufgeführt sind. Somit müsse es sich also um den Pädagogen und nicht den Germanisten Hermann Schneider handeln.

In einem Anhang stellt von See eine Auswahl der Korrespondenz zwischen Schneider und Andreas Heusler zusammen. Dabei konzentriert er sich auf politische Äußerungen zu Hitler, dem Nationalsozialismus und der Situation in Deutschland und Europa. Für den Zeitraum 1920 bis 1935 sind die Schreiben beider vollständig erhalten, danach findet sich im Heusler-Nachlass nur noch ein einziger Brief Schneiders, doch auch aus den Äußerungen Heuslers lässt sich einiges über die politische Einstellung Schneiders ablesen.

Von See räumt ein, dass es schwierig sei, eine Antwort auf die Frage nach Schneiders Einstellung zum Nationalsozialismus zu finden, und so versucht er, moralisierende Äußerungen zu vermeiden, um zu einer ausgewogenen Analyse zu kommen.

Zu Recht bemerkt er, dass der Druck, sich in einem totalitären System anzupassen, mitunter von Nachgeborenen unterschätzt oder falsch bewertet wird. Im Laufe seiner Untersuchung wird deutlich, zu welchem Schluss er selbst gekommen ist: „Schneider [war] ein strikter Gegner sowohl der NS-Ideologie als auch jeder ideologischen Bevormundung der Wissenschaft“ (S. 57). Dabei lässt von See auch die schwierigen Aspekte wie die Bewunderung für Kolbenheyer oder die Habilitation Plassmanns nicht aus. Dadurch werden die Herausforderungen an eine kritische Wissenschaftsgeschichtsschreibung deutlicher, als wenn sich von See zu einem einseitigen Urteil hätte hinreißen lassen. Als klassischer Vertreter des Bildungsbürgertums war Schneider für ihn in erster Linie unpolitisch: „Sofern er nur meinte, ohne politischen Druck zu handeln, kümmerte es ihn nicht allzu sehr oder es war ihm nicht einmal bewusst, wenn er durch sein Handeln mittelbar dem Regime diene, – daher die Teilnahme am Sammelwerk *Von deutscher Art*, daher die Tätigkeit in Bukarest und daher auch die Habilitierung“ (S. 57). Ob eine solche Haltung indes nicht die gewisse Naivität eines gebildeten Mannes offenbart, lässt von See offen.

Ein wenig irritierend ist von Sees Argumentation im Hinblick auf die Untersuchung Hans Ulrich Gumbrechts über den

Romanisten Klaus Vossler. Gumbrecht bedauert, Vossler habe sich trotz seiner ablehnenden Haltung dem Nationalsozialismus gegenüber nie öffentlich geäußert, – eine Ansicht, die von See nicht teilen will: „[...] so verrät dies, wie mir scheint, eine naive Unkenntnis nicht nur der völligen Wirkungslosigkeit, sondern auch der zweifellos tödlichen Folgen eines solchen Handelns in der Diktatur“ (S. 37). Regimekritische Äußerungen waren mit Sicherheit gefährlich, dies steht außer Frage. Von völliger Wirkungslosigkeit zu sprechen, ist jedoch bedenklich, wird so doch jede Form des öffentlich geäußerten Widerstandes von vornherein als bedeutungslos degradiert.

Von Sees Konflikte bei der Beurteilung Schneiders zeigen sich anschaulich in der Wahl der Überschrift für den Anhang („Ich bin kein freier Mensch mehr...“), obwohl das Zitat mit den Worten „[...] und kein ehrlicher“ (S. 70) endet. Dass Schneider in einem Brief vom 29. Dezember 1933 äußert: „Immer wieder kommt mir das Gefühl: wenn ich recht und ehrlich täte, müsste ich meine Dienste aufsagen.“ (S. 77), macht deutlich, dass er sich der Tragweite seiner Handlungen durchaus bewusst war. Von Sees Entscheidung in Bezug auf die Überschrift spiegelt also letztlich seine Bewertung Schneiders wider. Dieser ist somit ein Paradebeispiel für die überaus schwierige

Situation derjenigen Wissenschaftler, die dem NS-Regime kritisch gegenüberstanden, gleichzeitig aber ihre öffentlichen Ämter nicht aufgeben mochten.

Völlig anders gestaltet sich der Fall Gustav Neckels, den Zernack untersucht. Neckel wurde 1935 an die Universität Göttingen zwangsversetzt, verbunden mit der Einrichtung einer Abteilung für Nordische Philologie am Seminar für Deutsche Philologie. Interessant sind die Vorgänge, die dieser Entwicklung zugrunde lagen. Dabei steht nicht die Frage nach Neckels politischer Einstellung im Vordergrund, denn seine Affinität zum Nationalsozialismus hatte er schon früh – auch in seinen Publikationen – offenbart. Neckels Geschichte ist vielmehr die einer Rufmordkampagne, die geprägt war durch Missgunst, Klatsch und Verleumdung. Zu Recht stellt Zernack in ihrem Vorwort die Frage, ob eine solche Affäre mit all ihren zwischenmenschlichen Verstrickungen überhaupt von wissenschaftsgeschichtlichem Interesse sei. Doch finde sich in der Intrige auch ein politisches Moment: „Darüber hinaus lässt die Angelegenheit erkennen, wie prekär die Lage der zunehmend als ‚Weltanschauungsdisziplin‘ aufgefassten Germanenforschung mit dem Machtantritt der Nationalsozialisten geworden war, und zwar dadurch, dass nun mehrere Parteien um die politisch und ideologisch ‚richtige‘ Deutung der

germanischen Vorgeschichte im Sinne der neuen Machthaber konkurrierten.“ (S. 117). Zudem dokumentiere der Fall die Zerstörung der Hochschulautonomie durch die nationalsozialistische Wissenschaftspolitik.

Zernack betont, man könne Neckels Versetzung nach Göttingen nur bei einer oberflächlichen Betrachtung für politisch halten, da Neckel die ideologischen Forderungen an sein Fach akzeptierte und unterstützte. So wurden ihm denn auch nicht seine wissenschaftlichen Ansichten zum Verhängnis, sondern eine persönliche Fehde mit Bernhard Kummer, den er 1930 zu seinem Assistenten gemacht hatte. Um Neckels Positionen zu verdeutlichen, geht Zernack zunächst auf dessen Äußerungen zur Germanenkunde ein. Der Heusler-Schüler hatte es sich schon früh zum Ziel gemacht, das „Vorurteil“ von der Primitivität der Germanen zu widerlegen. Er unterstützte die Theorien des Ideologen Hermann Wirth, der zum Beispiel die Runen als den Beginn der europäischen Schriftgeschichte betrachtete. Dieser These entsprach Neckels Theorie, dass alle Kultur vom Norden ausgegangen und das als „klassisch“ anzusehende germanische Altertum infolgedessen auch der griechischen Antike überlegen sei. Diese Ansichten vertrat auch Kummer, dessen Schriften Teil der Debatte über das Verhältnis von Christentum und

Germanentum waren. Ideologisch standen sich Kummer und Neckel also durchaus nahe. Dennoch kam es zu einer Rufmordkampagne, die Neckel einen Teil seiner wissenschaftlichen Reputation kostete.

1934 wandte sich Kummer mit einem Brief an das „Amt Wissenschaft“ des Reichserziehungsministeriums und beschwerte sich über die Zustände am Seminar und über die Bevorzugung einer Studentin durch Neckel. Dieser versuchte, den Konflikt beizulegen, indem er Kummer anbot, ihn mit einer bereits 1934 erschienenen Schrift zu habilitieren. Darauf ging Kummer zunächst scheinbar ein, begann dann aber erneut, Briefe an das Ministerium zu schreiben, und kündigte seine Assistentenstelle. Die besagte Studentin war Neckels Assistentin und somit Kummers Kollegin Anne Heiermeier. Kummer brachte Gerüchte über eine Affäre zwischen den beiden bei den Verantwortlichen in Universität und Ministerium immer wieder zur Sprache, unter dem Vorwand, es ginge ihm um die Ehre und das Ansehen seiner Wissenschaft und der Person Neckels. Zernack sieht darin eine bewusste Vorgehensweise Kummers: „Das Bestreben, vermeintlich oder tatsächlich Anstößiges aus der Privatsphäre seiner Kollegen im Namen der ‚Germanenkunde‘ zum Politikum zu machen, ist charakteristisch für Kummers Vorgehen: Er insinuierte, dass Neckel,

der sich zunächst um völkische Belange verdient gemacht habe, unter den Einfluss einer Anhängerin der ‚katholischen Aktion‘ geraten sei, die im ‚Kulturkampf‘ auf der Seite der ‚konfessionell befangenen Germanenkunde‘ stehe“ (S. 149). Zernack betont jedoch, in Heiermeiers Schriften suche man vergeblich nach politischen Äußerungen, und bezeichnet sie als „ambitionierte Wissenschaftlerin, die sich aber trotz einzelner Erfolge institutionell nicht durchsetzen konnte“ (S. 165). Auch der Umstand, dass Dozentinnen Anfang der dreißiger Jahre an den Universitäten selten waren, könnte zu einer gesteigerten Aufmerksamkeit geführt haben.

Hinzu kamen Anschuldigungen eines gescheiterten Prüfungskandidaten, der Neckel Plagiat vorwarf. Neckel habe wesentliche Teile seines Buches *Deutsche Ur- und Vorgeschichtswissenschaft der Gegenwart* aus Gustaf Kossinnas Buch *Die deutsche Vorgeschichte, eine hervorragend nationale Wissenschaft* abgeschrieben. Neckel wehrte sich auch gegen diesen Vorwurf, doch belegt Zernack, dass sich in der Tat ganze Absätze wörtlich oder leicht umformuliert bei Neckel finden, ohne dass sie als Zitat gekennzeichnet worden wären. Eine betrügerische Absicht vermutet sie jedoch nicht dahinter, ihr erscheint diese Handlung „auf befremdliche Weise unmotiviert und unnötig“ (S. 156).

All diese Vorgänge führten dazu, dass das Ministerium Neckel mit seinem Lehrstuhl zum 1. Oktober 1935 ohne Nennung von Gründen nach Göttingen versetzte. Zum 1. November 1937 wurde er dann wieder nach Berlin „berufen“, auch diesmal ohne Angabe von Gründen, wobei jedoch das Wort „Versetzung“ in auffälliger Weise vermieden wurde, wie Zernack betont. Neckels Rückkehr beendete die Affäre jedoch nur äußerlich. Vier Semester nach seiner Rückkehr musste er sich für eine psychiatrische Behandlung beurlauben lassen und starb am 24. November 1940 in einer privaten Nervenklinik an Lungenentzündung.

Abschließend bemerkt Zernack, dass es vor allem in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft ein Gerangel um ein der politischen Situation angemessenes Germanenbild gab. Damit verbunden waren persönliche Karriereinteressen insbesondere bei jenen Wissenschaftlern, die noch keine sichere berufliche Position erreicht hatten. So fiel auch Neckel dem Ehrgeiz eines politisch und weltanschaulich motivierten Nachwuchswissenschaftlers zum Opfer.

Die Schwierigkeiten bei der Bewertung von Wissenschaftlern im Nationalsozialismus sind schon lange bekannt, und auch die Schicksale von Neckel und Schneider sind bereits an anderer Stelle

Rezensionen

behandelt worden. Doch ist es das Verdienst des vorliegenden Bandes, durch die Ausführlichkeit und Ausgewogenheit der Darstellung die schwierige Situation der Wissenschaft in jener Zeit offen zu legen. Gleichzeitig wird deutlich: Eine kritische

Wissenschaftsgeschichtsschreibung darf sich niemals mit vorschnellen oder moralisierenden Urteilen zufrieden geben.

Anne Maria Burgmer (Köln)